



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.

Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:
Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.
Fernruf: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt bestellt werden. Bezugspreis 2,10 M. pro Vierteljahr inklusive Bestellgeld.

Nr. 34.

Berlin, den 24. November 1918.

13. Jahrgang.

Revolutionäres Vertrauen.

Ueber den Fortgang der reaktionären Aktion wird in Parteitreffen lebhaft gestritten. In der „Freiheit“, dem Berliner Organ der Unabhängigen Partei Deutschlands, legt Genosse Hilferding seinen Standpunkt wie folgt dar:

In herrlichem Anlauf haben Deutschlands Arbeiter und Soldaten die politische Macht erobert und halten sie in festen Händen. Jetzt gilt es, sie zu behaupten und zu gebrauchen zur Durchsetzung der proletarischen Ziele: der Erringung der vollen Demokratie und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Das Ziel wollen wir alle; welcher Weg führt dahin?

Bis zur russischen Revolution gab es keine Zweifel: Eroberung der politischen Macht, Erringung der uneingeschränkten Demokratie, auf deren Boden der Sozialismus zur Durchführung gelangt. Denn die proletarische Revolution ist nach dem Wort von Marx die Revolution der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit. — Die russische Revolution ging einen anderen Weg.

Im Anfang war zwar die Forderung der all-russischen Konstituante die Forderung aller revolutionären Parteien. Als aber die Bolschewiki sahen, daß sie in der Konstituante nur eine Minderheit waren, sprengten sie die Versammlung und proklamierten die Fortdauer der Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte. Dem ersten Schritt folgten mit unentrinnbarer Konsequenz die weiteren: alle anderen Parteien, Gruppen und Schichten wurden der politischen Rechte entkleidet, und als der Gewalt Gewalt antwortete, begann die Herrschaft des Terrors und die Proklamierung des Bürgerkrieges.

Aus der Praxis entsprangen die Theorie: die Ablehnung der Demokratie und die These, daß nur die terroristische Diktatur der Sowjets die Verwirklichung des Sozialismus herbeiführen könne.

Theorien, Ideologien entsprangen aus den ökonomischen Verhältnissen. Die Ablehnung der Demokratie, die Auffassung, daß nur die bewaffnete Gewalt der Sowjets die bürgerliche Gesellschaft zur sozialistischen wandeln könne, entsprang der ökonomischen Rückständigkeit des russischen Agrarstaats, in dessen gewaltigen Grenzen das industrielle Proletariat eine verschwindende Minderheit darstellt. Aus der ungeheuren Not des russischen Sozialismus, gegen dessen politische Macht die Zurückgebliebenheit der ökonomischen Verhältnisse rebellierte, wurde so die Tugend der terroristischen Diktatur gemacht.

Wir urteilen hier nicht darüber, wir konstatieren nur. Ist das deutsche Proletariat in gleicher Not?

Deutschland ist das ökonomisch fortgeschrittenste Land Europas. Die entscheidenden Industriezweige sind in Kartellen und Trusts organisiert, zur Vergesellschaftung reif. Das industrielle Proletariat bildet die Mehrheit des Volkes, es ist in unaußhörlicher Aufklärungsarbeit in den Gedankengängen des Sozialismus geschult. Jetzt hat es seine Macht erprobt und ist zum Bewußtsein seiner unwiderstehlichen Kraft erwacht. Kann wirklich jemand zweifeln, daß dieses Proletariat in dieser historischen Situation nach dem katastrophalen Zusammenbruch der herrschenden Mächte im Wahlkampf besiegt werden kann? Nur kleinstmütiges Zweifeln, nur Mangel an revolutionärem Vertrauen in proletarische Kraft und geschichtliche Notwendigkeit kann die Frage bejahen.

Unbeschränkte Fortdauer der Diktatur der Räte bedeutet Ausschließung aller anderen

Schichten von der politischen Mitbestimmung. Kann man glauben, daß diese Kreise sich das widerstandslos gefallen lassen? Der Widerstand müßte gewaltsam unterdrückt werden, die Gewalt würde neue Gewalt erzeugen. Deshalb sagt der, der zeitlich unbeschränkte Diktatur verlangt, auch zugleich Terror und Bürgerkrieg. Nicht, daß er den Terror will, aber dem Terror antwortet die Auslehnung der Terrorierten. Terror ist dann chernes Muß. Die demokratische Entscheidung dagegen wird unwiderstehlich sein.

Es ist die tiefe Tragik des Sozialismus, daß er in dem Augenblick zur Macht gelangt, in dem seine Verwirklichung die größten Schwierigkeiten findet. Sozialismus bedeutet auch möglichst große Steigerung der Produktion, möglichst reiche Befriedigung aller Bedürfnisse. Der furchtbare Krieg hat die Länder ausgeblutet, die Menschen vermindert und verelendet, uns der Rohstoffe beraubt, den Produktionsapparat ruiniert. Ungeheuer schwere Arbeit ist zu leisten nur zum Wiederaufbau der Produktion. Glaubt jemand, daß diese Arbeit geleistet werden kann, während der Terror herrscht und der Bürgerkrieg wütet? Nein, das Interesse des Sozialismus fordert gebieterisch die Bestätigung unserer Herrschaft durch die Mehrheit des Volkes, vor der alle Widerstände niederstinken werden! Wir sind überzeugt, daß die demokratische Methode, die wir von jeher vertreten haben, die notwendige und zum Ziele führende ist. Aber selbst, wenn wir wollten, könnten wir die Einberufung der Nationalversammlung verhindern?

Das russische Proletariat gelangte ohne jeden Uebergang vom zaristischen Despotismus zur proletarischen Diktatur; die Massen des russischen Volkes waren, von den industriellen Zentren abgesehen, von jeder politischen Bewegung fast unberührt. In Deutschland aber kämpften die Arbeitermassen seit Jahrzehnten um die Erringung der Demokratie, sie sind von der Ueberzeugung erfüllt, daß die Demokratie auch die Erfüllung des Sozialismus bringen muß. Es hieße jede Psychologie außer acht lassen, zu meinen, daß sich die Abkehr von der Demokratie vollziehen lasse, ohne starke Widerstände in der Arbeiterschaft selbst zu erwecken. Statt die Arbeiterklasse unter dem siegreichen roten Banner zu sammeln, würden wir sie spalten, würden wir unsere Macht mindern, statt sie zu mehren und zu sammeln zum letzten entscheidenden, unwiderstehlichen Angriff! Aus Mangel an Vertrauen in unsere revolutionäre Kraft würden wir unsere Kraft zerstören!

Und wir wären zu schwach, die Einberufung der Nationalversammlung zu hindern, wir hätten nur die Zweifelnden und Indifferenten abgestoßen und die Entscheidung der Demokratie, auf die wir sonst sicher vertrauen könnten, würde gegen uns ausfallen.

Aber diejenigen, die uns einräumen, daß eine sozialistische Mehrheit der Nationalversammlung gewiß sei, haben noch einen Einwand. Sie sind vom Mißtrauen erfüllt gegen den Mehrheitssozialismus und glauben nicht an seinen Willen zum Sozialismus. Aber denken wir doch marxistisch, denken wir doch an den entscheidenden Zwang der Verhältnisse und nicht an die guten oder schlechten Eigenschaften der Personen! Die Mehrheitssozialisten haben bis zur zwölften Stunde der revolutionären Aktion widerstrebt. In der zwölften Stunde mußten sie sich ihr anschließen. Warum? Weil die proletarischen Massen sie zwangen. Und nun stelle man sich eine proletarische Mehrheit in der Nationalversammlung vor, das Proletariat auf dem Höhepunkt der Macht! Ja, kann sich denn wirklich jemand einbilden, daß dann irgendein Ar-

beitervertreter es noch wagen könnte, sich seiner sozialistischen Pflichten zu entziehen? Könnte dann überhaupt solche Absicht noch auskommen? Das hieße ja, daß diejenigen, die an der Macht sind, sich selbst der Macht beraubten, ein von jedem Standpunkt sinn- und zweckloses Tun.

Schließlich darf eines nicht übersehen werden. Deutschland ist heute wehr- und waffenlos. Die Proklamierung der uneingeschränkten Diktatur wäre aber nur das Signal für die Imperialisten der übrigen Welt, über das revolutionäre Deutschland herzufallen. Aber das Proletariat dieser Länder? Nun, in den westlichen Ländern ist die Demokratie so fest im Volksbewußtsein verankert, daß ein Abweichen von der demokratischen Methode auch von den Arbeitermassen nicht verstanden und nicht gebilligt würde. Die proletarische Gegenaktion, ohnedies erschwert in den Ländern der Sieger, würde geschwächt und gelähmt werden.

Die deutsche demokratische und sozialistische Revolution wird ihren Siegeszug über die Welt vollenden. Das durch Bürgerkrieg zerrissene Deutschland würde auch der Sache der Internationalen schweren Schäden zufügen. Im Interesse der von außen ungehörten deutschen Entwicklung, im Interesse der internationalen sozialistischen Revolution müssen wir den Weg der Demokratie gehen.

Aber für die Nationalversammlung sein, heißt nicht, die Hände in den Schoß legen und die Dinge müßig abwarten. Im Gegenteil! Höchste Kraftentfaltung muß jetzt die Parole sein. Die Diktatur des Proletariats und ihre Anwendung ist in dem Uebergangsstadium höchste Notwendigkeit.

Sie muß gebraucht werden, um den Klassen zu zeigen, was Sozialisten wollen und was sie können. Wir fordern von unserer Regierung, daß sie mit aller Energie daran gehe, die Laten zu sehen, die das Proletariat überzeugen, daß es kein Zurück mehr gibt, sondern nur ein Vorwärts! Die Demokratie muß so verankert werden, daß eine Reaktion unmöglich wird, die Verwaltung darf nicht zum Tummelplatz konterrevolutionärer Bestrebungen dienen. Vor allem aber müssen wir beweisen, daß wir nicht nur Demokraten, sondern auch Sozialisten sind. Die Durchführung einer Reihe wichtiger sozialistischer Uebergangsmassnahmen ist ohne weiteres möglich; sie müssen vollzogen werden, damit auch hier die Stellungen geschaffen werden, die jedem kapitalistischen Gegenangriff uneinnehmbar sind. Wir sind uns bewußt, daß solches Vorgehen auf sorgfältigem Plan aufgebaut sein muß und sind die letzten, die die Produktion in Unordnung bringen wollen. Aber diese Pläne sind mit aller Beschleunigung zu schaffen und ihre Durchführung duldet keinen Aufschub. Die Regierung muß ein demokratisches und sozialistisches Aktionsprogramm aufstellen, das Werbekraft besitzt und die Revolution fortführt. Unsere Toten müssen jetzt unsere Propaganda sein.

Geschieht dies und wird uns die notwendige Zeit gegeben, die Volksmassen aufzuklären über unsere Ziele, die falschen Vorstellungen zu zerstören und dem Volke zu zeigen, daß nur die sozialistische Gesellschaftsordnung die Wunden heilen kann, die der furchtbare Krieg geschlagen, dann ist uns um die Zukunft nicht bange, dann sehen wir in das deutsche revolutionäre Proletariat das Vertrauen, daß es durchführt, was die historische Stunde fordert, dann wird wahr, was stets unsere Hoffnung und unsere Zuversicht war:

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Zur Frage der Einberufung einer National-Versammlung.

Von Max Cohn.

Die Notwendigkeit der Einberufung einer Nationalversammlung wird von Schichten der Gesellschaft gefordert, die in der jetzigen Entwicklung und Nachentwicklung des Proletariats, der Arbeiterklasse, der Arbeiter- und Soldatenräte eine Gefahr wittern. Die bürgerlichen Klassen aller Parteishattierungen von der äußersten Rechten an bis in die links-bürgerlich-demokratischen Kreise hinein sind sich in dieser Forderung einig und können sie nicht schnell genug verwirklicht sehen. Das muß ausstufig machen! Mehr noch, wenn wir sogar Konserwativen und Altschulische in ihren Organen sich dafür einsetzen sehen. Das allgemeine, geheime, gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen mit Proporz ist ihnen aber noch gerade recht hierfür. Wie doch die Dinge sich hier gewandelt haben und das Unheimliche erleichtert haben! Die Forderung einer Nationalversammlung erscheint allerdings so selbstverständlich und naheliegend, daß man unversänglichen Gemütern damit nur kommen darf, um sogleich ihren Beifall zu erlangen. Allein sie birgt ein Danaergeheiß. Von dem verlassenen Reichstage spricht heute niemand mehr. Er hat dies reichlich verdient. Denn er hat sich prostituiert. Er hat das Vertrauen des Volkes mit Recht verloren. Schon der Umstand, daß er die Eingabe des Herrn v. Beerfelde vom Juli d. J. laut- und klingend in den Papierkorb fallen ließ, hat ihn gerichtet. Die Mehrheitsparteien haben sich dadurch mitschuldig gemacht an den Verbrechen der in den Delus verfallenen Reichshaber Deutschlands. Wer zu solchen Dingen schweigt, wie sie Beerfelde in seiner Eingabe an den verlassenen Reichstag schildert, macht sich zu ihrem Träger und Mitschuldigen! Daher kann von diesem Reichstage bzw. von seiner Mehrheit, die den ungeleglichen Besetzungszustand, die Zensur, die Schamhaft u. a. gut hieß, der trotz Einsicht in die Unmöglichkeit des ganzen damals herrschenden Systems mit tönenenden Worten das Volk beludert und zum Haß aufreizte, dem Militarismus und der Autokratie die Kredit hemmte und dem Imperialismus, als der höchsten Gipfelpflanze des Kapitalismus, huldigte, abgesehen und über ihn zur Tagesordnung übergegangen werden. Die bürgerlichen Kreise wagen daher auch nur noch in vereinzelten Stimmen von ihm zu sprechen. Sie fordern schleunigst die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, die Wahl einer allgemeinen Volksvertretung. Friedrich Stämpfer folgt ihnen im „Vorwärts“ darin und stellt die gleiche Forderung! Wenn trotz diesem Sozialdemokraten behauptet ist, daß sie nicht nur unberechtigt, sondern verhängnisvoll ist. Hier heißt es vorsichtig handeln. Die schleunigst geforderte Nationalversammlung würde alles andere sein als der wirkliche Ausdruck der Volksseele, wenn man unter diese eben versteht, daß sie wirklich Wahrheit, Freiheit und Recht in sich birgt und erstlich will. Man erwäge einmal, aus welchen Elementen jetzt eine schleunigst einberufene allgemeine Volksvertretung sich zusammensetzte. Aus einer Klasse, die im ganzen großen politisch und sozial noch nicht reif ist, bei welcher Männer und Frauen wählen, die wenig geschult sind und daher nur allzu leicht das Opfer von Schmeichlern und Verführern werden können; diese Klasse wäre gerade gut genug, um der Gegenrevolution zu dienen. Und dies ist auch der eigentliche Sinn jener heute mit großen Worten und lauten Rufen schleunigst geforderten Einberufung einer Nationalversammlung! Viele, die heute die rote Flagge geführt und ihr Knopfloch mit einem roten Bändchen heute so mißlich geziert haben, wärten auch nur auf den Zeitpunkt, an dem sie diese Außerlichkeiten wieder von sich abwerfen und ihrer alten inneren Gesinnung sich zuwenden und Ausdruck geben können. Sicherlich, die Gegenrevolution schläft nicht und trifft ihre Maßnahmen in der Stille. Zur geeigneten Zeit wird sie hervortreten und wir müssen jederzeit bereit sein. Als eine erste dieser Maßnahmen betrachte ich die folgende Forderung der sofortigen Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung. Adel und Großgrundbesitzer, Großindustrielle und Großfinanz, Bürger und Bauer, Handwerker und Lehrer, das große Heer der Staats- und Privatbeamten, Kaufleute und Händler, kurz, der ganze Troß der Bourgeoisie mit ihrem Gefolge wärten schleunigst auf den Augenblick, in dem sie mittels der Nationalversammlung die Macht der neuen Regierung besitzigen oder wenigstens eindämmen können. Heute ist es die Befürchtung des Volkswissens, der sie alle zusammenschweigt. Der Gottseibeiweh des Volkswissens wird benutzt, um unter seinem Banner alle Feinde und Widersacher der wahrhaft sozialistischen Gesellschaft und der Arbeiterklasse insbesondere zu sammeln. Diese Methode wird geübt, wenn sie auch für unsere deutschen Verhältnisse nur Wahnsinn ist. Dieser Wahnsinn hat als Methode bis in die Arbeiterklasse hinein schon Früchte getragen; denn selbst unter den Arbeitern haben sich jene Befürchtungen Platz gegriffen und legen nur ein Zeugnis davon ab, wie wenig selbst unter dem Proletariat jene Einsicht in die Ziele des Sozialismus vorhanden ist, die man eo ipso ihm und seinem sozialistischen Gedankengange zuschreibt. Allein das ist nicht weiter verwunderlich; denn es ist nur die logische Folge dessen, daß unsere deutsche Arbeiterklasse dank der Periode der industriellen Blüte Deutschlands vor diesem unheilvollen Kriege und dank dem Wirken der Gewerkschaften im großen ganzen selber zu Kleinbürgern in ihrem Sein, Denken und Fühlen geworden ist. Das „soziale Königtum“ der Hohenzollern mit seinen „sozialen“ Reformen, seinen sozialen Versicherungen und Institutionen hat systematisch daran mitgearbeitet, und die Arbeiterklasse ist all dem unbewußt gefolgt und hat sich dafür noch begeistert. Die Früchte hiervon haben sich nicht zum letzten darin gezeigt, daß die deutsche Arbeiterklasse bis auf kleine Minderheiten mit Begeisterung in diesen ungeheuren Weltkrieg zog und blind hineinlief. Ja, sogar noch in der letzten Sitzung des verlassenen Reichstages rief Ebert zur nationalen Verteidigung auf mit der Begründung, daß das Wohlergehen der Arbeiterklasse in Frage stehe. Nicht einmal

jetzt erkannte man, daß das Wohl der Arbeiterklasse überhaupt nicht während des ganzen Krieges in irgendwelcher Beziehung zu ihm gebracht werden konnte, geschweige denn noch am Ende des Krieges, der längst die Entscheidung gebracht hatte, sogar noch in seiner besten Zeit der Siege, daß Arbeiter und Mittelstand völlig proletariert und nur noch völlig fiktive (vormeintliche) Besitzer ihres bisherigen Eigentums waren und sind. Hier liegt aber die Schuld wieder auf Seiten der Gewerkschaften, die dem Arbeiter den Unterschied zwischen nominalem, realem und relativem Arbeitslohn nie klar gemacht haben, sondern sich sogar beflissen zeigten, diesen Unterschied zu verschleiern oder völlig wegzuspinnieren! Daher spukte die Fiktion von dem Besitze, von dem Eigentum, das der Arbeiter und seine Klasse bei einem unglücklichen Ausgange des Krieges zu verlieren habe, immer härter in den Köpfen der arbeitenden Klassen und treibt noch heute weiter ihr Unwesen. Allerdings, die Gewerkschaftsbeamten und die ganze gewerkschaftliche und Arbeiterbürokratie hatte ein Recht zu bangen; denn die Sorge, daß ihre Einkünfte bei dem Zusammenbruch der sogenannten sozialen Versicherungen und Institutionen selber könnten und werden, ist schließlich nicht unbedeutend. Allein was schied den Sozialismus eine Reform- und Revisionspolitik? Er muß reinen Tisch machen und kann mit Reformen sich nicht zufrieden geben! Eben eine Fiktion, jene Einbildung, birgt aber zugleich die große Gefahr, daß selbst die Arbeiter bei den Wahlen zu einer Nationalversammlung den glänzenden Tönen der Bürgerlichen folgen und den wahrhaft sozialistischen Gedanken aus kleinbürgerlichen Motiven heraus von sich weisen dürften. Diese Gefahr ist vielleicht größer, als man annimmt. Denn man täuscht sich, wenn man glaubt, daß jener Gedanke roh und rein in unserer Arbeiterklasse lebt. Erwägt man ferner, daß die Frauen mehr durch Gefühl als durch den Intellekt sich leiten lassen, so wird jene Gefahr noch vermehrt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Sozialismus immer noch als „Leistung“ in den meisten Köpfen ist. Seine wahren Ziele der „Beseitigung der Produktionsmittel“, der Distribution, der Herrschaft der Menschen über die Dinge sind ihnen böhmische Dörfer. Hier kann nur die Erfahrung als Anschauungsunterricht helfen! Dieser jedoch ist am ehesten und am besten gegeben, wenn man ihn der Masse durch die Diktatur des Proletariats, nicht etwa mit einem Schläge, sondern allmählich beibringt. Bedenkt man weiterhin, daß gerade die Frauen am meisten geneigt sind, den Einflüsterungen der Geistlichen zu folgen, dies besonders in den Gebieten, in denen das Zentrum bisher die Oberhand hatte, so würde eine unter solchen Auspizien gewählte Volksversammlung alles andere tun, als an die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft gehen. Die Fürsprecher einer solchen wären in der Minderheit. Selbst die Umgebung der unter solchen Umständen gewählten Nationalversammlung mit einer bewaffneten Volksmacht würde nichts helfen, da einmal dadurch der Bürgerkrieg in hellen Flammen sich erhöhe, und dann es noch sehr zweifelhaft wäre, ob jene bewaffnete Volksmacht auch tatsächlich für die Minderheit sich erhöhe. Bei all meinen Überlegungen habe ich indes noch gar nicht einmal die große Schaar aller übrigen Klassen, der Klein- und Mittelbauern, von feher der konserwativen Klasse, der Handwerker und Kleingewerbetreibenden, des sogenannten alten Mittelstandes, und des neuerstandenen Mittelstandes der Privatbeamten und „Angestellten“, der Beamten, der Kaufleute, der Lehrer, der Gelehrten, der niederen Geistlichkeit u. a. m. in Betracht gezogen. All diese sind Kleinbürger mit all deren Schönheiten, die Marx treffend in seiner Schrift: „Revolution und Konterrevolution“ (S. 122) geschildert hat und die heute noch ebenso bei ihnen zutreffen, wie zu seiner Zeit. Wenn all diese Schichten auch heute der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte sich zu fügen und für sie sich zu begeistern scheinen, beim ersten ernsten Angriff verschwinden sie ebenso schnell, wie sie aufgetaucht sind. Ihr Prahl ist heute ebensowenig von Bedeutung wie es zur Zeit von Marx etwas bedeutete. Die Vorbedingung, die sie für eine Revolution, und nun gar für eine proletarisch-sozialistische bieten, ist nicht als dauernd anzusehen; denn das Kleinbürgertum folgt instinktiv einzig und allein seinem Sinn für Besitz, Eigentum und gesellschaftliche Stellung! Der Klassenkampf gegen das Proletariat, die heillosste Klasse, die Arbeiterklasse im ganzen großen ist bei ihnen nur zurzeit zurückgestellt, keineswegs aber überwunden und getilgt. Eine Nationalversammlung, die heute und sobald als möglich aus diesen Elementen gebildet würde, kann sonach nie und nimmer die Revolution, welche der sozialistischen Gesellschaft die Bahn frei machen will, dienlich sein! Das vermag zunächst einzig und allein die Diktatur des Proletariats! Daher war es durchaus gerechtfertigt, daß in die neue Regierung nur Sozialisten hineinkamen und nicht ein Kompromiß mit bürgerlichen Elementen eingegangen wurde.

In dieser neuen Regierung ist überdies der Gegenstand auch nicht völlig ausgeschlossen; denn die Mehrheitssozialisten der Richtung Scheidemann und die Gewerkschaftler haben zur Genüge bewiesen, daß ihr Sozialismus nur Halbheit ist, angekränelt von Reform- und Revisionsgedanken! Wenn nun gesagt wird, daß die neue Regierung eine willkürliche ist, daß sie nicht als Beauftragte des ganzen Volkes sich gerieren darf, und sie nicht dies ist, und daß doch nur der Auftrag des Volkes insgesamt eine Regierung autorisieren kann und darf, so ist dieser Einwand angesichts der hier erörterten Gefahren für das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft belanglos. Auch der fernere Einwand, daß die neue Regierung eine Vergewaltigung der Freiheit in sich birgt und die Grundsätze der wahren Demokratie mit ihr unter die Füße getreten werden, kann nicht gelten. Allerdings der Theorie nach mag dies richtig scheinen! Allein diese geht von Voraussetzungen aus, die zurzeit gar nicht existieren und auch vorher nicht vorhanden waren. Zu ihnen gehört u. a., daß das Volk wahrhaft und wirklich dazu erzogen würde und die Einsicht darin gewinnen könnte, wo und wie seine Freiheit ist und beschaffen sein sollte. Das bislang herrschende System hat folgerichtig das Volk bisher derart in

Dummheit und Sklaverei gehalten, daß dieses nicht einmal im geringsten abzuschätzen vermag und vermagte, wozu es sich wenden soll, um seine Interessen zu vertreten und zu schützen. Die Volksschule hat hierfür ihr vollgerichtetes Maß hinzugegeben; ohne ihre Schuld allerdings, denn sie mußte dies notwendig tun. Nicht minder haben die Kirche und der Militarismus hierfür ihr recht Erledigtes getan! Die für jene Theorie nötigen Voraussetzungen sind sonach gar nicht da und fallen für ihre Umsetzung in die Praxis heute leider noch fort. Diese hat aber allein hier die Entscheidung. Sie hat sich dahin entschieden und mußte es notwendig, daß sie erst einmal das Volk gleichsam mittels Aufschwung durch die jetzt zu schaffenden Reizeinrichtungen und Verbände dahin belehrt, daß die Freiheit nicht ohne Gewalt besteht und bestehen kann! Allerdings heißt Freiheit: frei vom Zwang sein. Allein der Zwang braucht nicht bloß ein äußerlicher, er kann ebensoviele und sogar noch mehr ein innerlicher sein, ein aus innerlichen, gemüthlichen, seelischen und geistigen Faktoren sich herausbildende und gebildete. Mit dem äußerlichen Zwange wird man auch eher und leichter fertig als mit dem innerlichen. Daher muß auch dieser zunächst und vornehmlich überwunden werden, bevor man zu der wahren Freiheit gelangt. Diese Wandlung der inneren geistigen Verhältnisse, d. h. diese Revolution der Seele muß erst angebahnt und zu einer gewissen Höhe geführt sein, bevor man es wagen darf, der Fortbildung einer allgemeinen Volksvertretung willfährig sich zu zeigen. Das aber verlangt Zeit und kann nicht von heute auf morgen geschehen. Eine konstituierende Nationalversammlung kann daher erst dann erdienen und mit Recht gefordert werden, wenn diese Vorbedingungen für sie wenigstens teilweise erfüllt sind. Erst dann darf sie auch die volle Souveränität für sich in Anspruch nehmen und verlangen, das in ihre Hände die Macht der neuen Regierung zurückgelegt wird, um sie weiterhin einer von ihr erwählten zu überlassen. Nicht in bloßen Versprechungen, hochtönenden Worten, in Reden und Prahl, sondern in der That, der Energie, die sich in Taten umsetzt, in der Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft, in der Abjagung der Lurche aller Uebel des heutigen Systems, der Lohnsklaverei, liegt die wahrhafte Freiheit des Volkes. Die Aufgabe der neuen Regierung ist zunächst allerdings ihm Brot zu verschaffen, alsdann Freiheit und Recht. Die Ansätze dazu hat sie bereits genommen. Sie hat den Waffenstillstand geschlossen, um baldigst damit den Frieden ins zu bringen. Förticht würde sie aber handeln, wenn sie heute schon die Macht aus den Händen ließe und einer Versammlung übermüete, die mehr oder weniger bewußt nur das Werkzeug bürgerlich-kapitalistischer Schichten sein könnte. Mit Reformen und sozialistischen Phrasen ist es nicht getan. Hier heißt es revolutionieren. Innen und außen. Die Köpfe und die Dinge! Sollen diese nicht weiter jene überleben, sondern soll der Mensch über die Verhältnisse, seine Mittel und seine Produktion wirklich zum Herrn werden, soll die Persönlichkeit wahrhaft und wirklich zu ihrer Würde endlich gelangen, so muß sein Vastieren, sein Sträuben, der Sozialismus, d. h. die Herrschaft der Menschen über die Dinge, nicht nur mittels der Durchläufer der Diktatur des Proletariats errungen! Wer die wahre Herrschaft der Gesamtheit des Volkes will, muß diesen Weg wählen. Alle anderen sind Irrwege oder gar Wollgruben. Wer heute bereits die Nationalversammlung schleunigst fordert, ist bewußt oder unbewußt ein Handlanger der Gegenrevolution und Reaktion. Daher ist jedes Debattieren über eine konstituierende Nationalversammlung verfehlt. Sie darf nicht ausgeschaltet werden. Sie muß ihre Souveränität wahren und darf sie nie verlieren. Allein das Volk muß zunächst durch Nachschauung und Erfahrung zu ihr erzogen werden. Es ist nicht unser Verschulden, wenn es heute noch nicht die rechte Erziehung erhalten hat. Die dies verschuldet haben, büßen sich daher nicht darüber belagen, daß man ihnen die Nationalversammlung nicht schleunigst gewähren kann. Daher haben sie aber auch kein Recht dazu, und Sozialisten als Diktatoren und Vergewaltiger der Freiheit und der Demokratie zu brandmarken. Sie ernten heute nur das, was sie schleichend und heimlich hindurch teils säen ließen, teils selber säen.

Die sozialistische Idee der Befreiung bei Karl Marx.

Von Max Adler.

Ueber den obigen Titel hat Max Adler zu dem 100. Geburtstag von Karl Marx ein Schriftchen erscheinen lassen, dem wir auszugeweihte folgende Darlegungen entnehmen:
„Die nur politische Emanzipation ist für Marx gleichbedeutend mit der bürgerlichen Revolution; sie löst die alte Gebundenheit des bürgerlichen Lebens auf in seine Bestandteile, aber ohne diese Bestandteile selbst zu revolutionieren. Das heißt, sie löst die alten feudalen Organisationsformen durch politische Befreiung und Selbstständigkeit der Individuen auf, ohne die tatsächliche wirtschaftliche Gebundenheit und Unterordnung dieser Individuen in eine neue gesellschaftliche Form abzuheben. Sie endet daher mit dem Widerspruch einer Trennung des Individuums als Staatsbürger und als Mensch, indem alles das, was den wirtschaftlich-gesellschaftlichen Zusammenhang der Staatsbürger ausmacht, als ihre Privatphäre außerhalb des staatlichen Interesses fällt. Darum aber muß gerade die bloß politische Emanzipation die gesellschaftlichen Widersprüche steuern. Denn nach ihrem äußeren Anschein und nach dem Bewußtsein, das sie für ihre Träger schafft — man denke nur an die herausgehende Lehre von der Einigung der Menschenrechte durch die französische Revolution — bedeutet ja jede politische Revolution einen Sieg der größeren gesellschaftlichen Verbundenheit der Menschen, indem sie den Kreis des politischen Vorrechtes einer kleinen herrschenden

Schicht sprengt und das gleiche Recht und die gleiche Freiheit aller begründen will. Aber gleichwohl verhält sie nur eine große Selbsttäuschung, indem in ihr zwar jeder Mensch als souveränes, höchstes Wesen gilt, aber der Mensch in seiner unvollkommenen, unsozialen Erscheinung, der Mensch in seiner zufälligen Existenz, der Mensch, wie er geht und steht, der Mensch, wie er durch die ganze Organisation unserer Gesellschaft verdorben, sich selbst verloren, veräußert, unter die Herrschaft unmenschlicher Verhältnisse und Elemente gegeben ist, mit einem Worte der Mensch, der noch kein wirkliches Gattungswesen ist. Und so zieht Marx aus allen diesen Mängeln der bloß politischen Befreiung die große Konsequenz, die unmittelbar die Konsequenz des Sozialismus ist und zugleich den Widerspruch und die Scheinheiligkeit der bürgerlichen Demokratie aufdeckt. Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, andererseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person. Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine forces propres als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.

Man sieht hier nebenbei, daß schon der junge Marx sich von dem Schein des Staates, Allgemeininteressen zu vertreten, nicht über die eigentliche Natur des Staates täuschen ließ, unter dieser Form, selbst wo sie demokratisch ist, doch nur dem Emanzipationsbedürfnis der herrschenden Klasse im Staate, den Sonderinteressen des Besitzes zu dienen und nicht der bloß vorgeschützten Allgemeinheit. Wie er eben in dem Aufsatz über die Judenfrage in klassischer Weise nachgewiesen hatte, daß die sogenannten Menschenrechte der Französischen Revolution nichts anderes waren als die Rechte von Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft, die das allgemeine Menschentum noch sehr im Stiche liegen, so hat er in demselben Zusammenhang bereits treffend die zwiespältige Moral der bürgerlich-politischen Staatsvorstellungen hervorgehoben, ihre ganze, sich in dem Prunkmantel des Allgemeininteresses maskierende innere Unwahrheit aufgedeckt. Dies geschieht in einem passenden Vergleiche, indem er zeigt, wie unter der Herrschaft eines bloß politischen Denkens der Mensch notwendig eine Tri-Toppel-Leben führt, gleichsam ein „himmlisches und ein irdisches Leben, das Leben im politischen Gemeinwesen, worin er sich als Gemeinwesen gilt, und das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft, worin er als Privatmensch tätig ist, die anderen Menschen als Mittel betrachtet, sich selbst zum Mittel herabwürdigend und zum Spielball fremder Mächte wird“. Die Existenzformen des Staates bringen es eben mit sich, daß die ganze Sphäre der bürgerlichen Existenzbedingungen sich als „Privatinteressen“ von den „Allgemeininteressen“ des Staatsganzen scheiden. Ob ein Mensch in dem bürgerlichen Staat satt wird oder nicht, ob er sich noch im Alter um ein armseliges Leben kümmern und radeln muß oder nicht, ob er für Befriedigung geistiger Bedürfnisse auch noch Zeit übrig hat oder nicht, dies alles ist Privatsache, egoistisches Interesse des einzelnen. Woraus dann die läbliche Deklamation von der Unterordnung dieses Privatinteresses unter das des Ganzen folgt. Nur wird dabei gera übersehen, daß diese Privatinteressen als das eigentlich Wirkliche des Staates sich überall durchsetzen, wo die gesellschaftliche Macht hinter ihnen steht, wogegen in der Sphäre der Allgemeininteressen, im Staat, der Mensch zwar scheinbar als Gattungswesen respektiert wird, in der Tat aber nur „das imaginäre Glied einer eingebildeten Souveränität ist, seines wirklichen individuellen Lebens beraubt und mit einer unvollständigen Allgemeinheit erfüllt“. Es ist der neuesten Phase sozialistischer Entwicklung vorbehalten geblieben, diesen Schein für bare Münze anzunehmen und das Proletariat an der angeblichen Allgemeinheit des Staatsinteresses gerade dort zu interessieren, wo es am un menschlichsten geworden ist, in der Kriegspolitik der herrschenden Klassen, und dies so weit zu treiben, daß das Proletariat darüber sein allgemein menschliches Interesse aus den Augen verlieren mußte, das über den Staat hinausreicht.

Gegenüber diesem politischen Neomalthusianismus, der heute leider so viele Wortführer des Proletariats umwehelt, ist es doppelt nützlich, der weiteren Analyse zu folgen, die Marx an der bloß politischen Emanzipation übt. Sie steigert sich nunmehr zu einer gerade für unsere Gegenwart höchst bedeutungsvollen Kritik der rein politischen Denkweise, des von Marx sogenannten politischen Verstandes, was nur ein anderes Wort für den heute so gerühmten Geist der Realpolitik ist. Niemand, sagt Marx in seinem folgenden Artikel („Kritische Randglossen“), wird und kann der Staat zugeben, daß die Welt, unter denen die Gesellschaft leidet, in seinem Wesen begründet sind. „Sofern der Staat soziale Mängel zu beheben sucht, er ist entweder in Naturgesetzen, denen keine menschliche Macht gebieten kann, oder im Privatleben, das von ihm unabhängig ist, oder in der Zweckmäßigkeit der Administration, die von ihm abhängt.“ Daher wird die bloß politische Reform sich im Kampf gegen das Regierungssystem erschöpfen. Der politische Verstand ist eben politischer Verstand, weil er innerhalb der Schranken der Politik denkt. Je geschärfter, je lebendiger, desto unangenehmer ist er zur Auffassung sozialer Gebrechen.“ Marx ist daher weit entfernt davon, die bloß politische Bildung und Interessiertheit zu überschätzen. Im Gegenteil, je mehr ein Volk bloß politische Bildung hat, je mehr das Proletariat in bloß politische Interessiertheit aufsteigt, um so mehr erwartet es von staatlichen Aktionen, überschätzt die Mittel bloß politischer Umwälzungen und verschwendet seine Kräfte in unnütze und im Blut erstickte Emeuten. „Weil es in der Form der Politik denkt, erblickt es den Grund aller Missethate im Willen und alle Mittel zur Abhilfe in

der Gewalt und dem Umsturz einer bestimmten Staatsform. Beweis: die ersten Ausbrüche des französischen Proletariats. Die Arbeiter zu Lyon glaubten nur politisch die Zwecke zu verfolgen, um Soldaten der Republik zu sein, während sie in Wahrheit Soldaten des Sozialismus waren. So verunkeltete ihr politischer Verstand ihnen die Wurzel der gesellschaftlichen Not, so veräußerte er ihre Einsicht in ihren wirklichen Zweck, so belog ihr politischer Verstand ihren sozialen Instinkt.“ Die bloß politische Emanzipation ist daher recht verstanden auch gar nicht so sehr ein Ergebnis und eine Reaktion auf die gesellschaftliche Not des Volkes, ist vielmehr das Anzeichen einer gewissen Zufriedenheit und Ausöhnung mit den Grundlagen der bestehenden Gesellschaft, in der man sich bloß wohllicher einrichten will. Es gehört zur Dialektik der Revolution, daß sie ihren wirklich gesellschaftlich umstürzenden Charakter in demselben Maße verliert, in welchem sie nach bloß politischen Rechten und Freiheiten orientiert ist. Dies alles ergibt den tieferen Sinn des Satzes, den besonders das moderne Proletariat als eine herbe Kritik seiner selbst sich vor Augen halten mußte: „Es ist so falsch, daß die gesellschaftliche Not den politischen Verstand erzeugt, daß vielmehr umgekehrt das gesellschaftliche Wohlbestehen den politischen Verstand erzeugt.“ Nur aus der momentanen Lage großer Proletariatskrisen, die an dem geistlichen Wohlbestehen ihrer gehobenen wirtschaftlichen Existenz, wie sie die Expansion des imperialistischen Kapitalismus stellenweise mit sich brachte, größeres Interesse nahmen als an dem Geschick ihrer ganzen Klasse, ging jener politische Verstand der Realpolitik hervor, der in der Haltung des Anarchismus Sozialismus überall ihre traurigen Früchte zeigend und das Proletariat ganz von seiner emanzipatorischen Kulturbestimmung abbringen lassen mußte.

Die verderbliche Spaltung in Privatmensch und Bürger, wie sie dem bürgerlichen Staate wesentlich ist, bewirkt eine unheilvolle Isolierung alles Menschlichen vom Staate, vom Gemeinwesen, welches doch eigentlich zu dessen Förderung bestimmt ist. Denn der Zweck des Staates und der Sinn des Gemeinwesens seiner Idee nach ist die Förderung des ganzen Menschen, schon nach der berühmten Definition des Aristoteles, daß der Staat nicht bloß ein Produkt der Lebensnotdurft sei, sondern des schönen Lebens, des vollkommenen menschlichen Lebens. Diese Isolierung, unter der am meisten das Proletariat leidet, zu beheben, ist keine bloß politische Bewegung imstande. Denn das Gemeinwesen, von welchem der Proletarier getrennt wird, ist ja nicht das politische Gemeinwesen, durch dessen Veränderung oder Umwälzung dieser Mangel beseitigt werden könnte, sondern „das Leben selbst, das physische und geistige Leben, die menschliche Tätigkeit, die menschliche Tätigkeit, der menschliche Genuß, das menschliche Wesen. Das menschliche Wesen ist das wahre Gemeinwesen des Menschen.“ Und weil diese heillosen Isolierung viel unerträglicher und furchtbarer ist als die bloße Isolierung vom politischen Gemeinwesen, das heißt die politische Entziehung oder Zurücksetzung, deshalb nennt Marx die Aufhebung dieser un menschlichen Isolierung, in jedem Kampf, der auch nur ein Stück derselben beseitigen will, auch nur einen Teilstrich gegen ihr Prinzip darstellend, um so viel unendlicher an Wirkung, als der Mensch unendlich ist als der bloße Staatsbürger. „Der industrielle Aufstand“, heißt es bei Marx, „mag daher noch so partiell sein, er vertritt in sich eine universelle Seele; der politische Aufstand mag noch so universell sein, er verkörpert unter der kolossalen Form einen engherzigen Geist.“

Erst unsere heutige Zeit, die nun so viele große bürgerliche Revolutionen seit 1789 hat aufstürzen und mit ihren Idealen Schutttrümmern erlöden gesehen, vermag es, die volle soziologische Bedeutung dieser Gedanken auszusprechen. Und es ist gleichzeitig eine frohgartige Bewahrung der Genialität des Geistes von Marx, wenn er in den folgenden Skizzen noch vor dem Erlebnis dieser Revolutionen seine eindringliche Analyse ihres Wesens wie folgt zusammenfaßt: „Eine soziale Revolution befindet sich deswegen auf dem Standpunkt des Ganzen, weil sie eine Protestation des Menschen gegen das entmenschte Leben ist. . . Die politische Seele einer Revolution besteht dagegen in der Tendenz der politisch einflusslosen Massen, ihre Isolierung vom Staatswesen und von der Herrschaft aufzuheben. Ihr Standpunkt ist der des Staates, eines abstrakten Ganzen, das nur durch die Trennung vom wirklichen Leben besteht. . . Eine Revolution von politischer Seele organisiert daher auch nur einen herrschenden Kreis in der Gesellschaft auf Kosten der Gesellschaft.“

Vielleicht wird sich hier neuerlich der Einwand erheben, es zeige sich nun doch, wie dieser Gegensatz von politischer und sozialer Revolution und die ganze gegen den Staat sich wendende Begriffserörterung nur einem vorläufigen, von Marx später überwundenem Stadium entspränge. Denn einerseits sei zur Zeit dieser Darlegungen der Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus noch nicht ganz ausgesprochen gewesen, andererseits habe ja gerade Marx selbst zum Leitgedanken der Aktion des Proletariats gemacht, die politische Gewalt im Staate zu erobern und die Diktatur des Proletariats anzustreben. Darum sei er ja auch zuerst gegen Proudhon und dann gegen Bakunin, die beide von dem Kampf für politische Rechte sehr wenig wissen wollten, mit heftigster Gegnerschaft aufgetreten. Aber diese Einwände sind sehr mißverständlich, wenn sie meinen, auf diese Weise einen Widerspruch oder auch nur eine Änderung in der Wertung des bloß politischen revolutionären gegen das sozial-emanzipatorische Bewußtsein beim späteren Marx aufzuzeigen zu haben.

Zunächst ist zu sagen, daß die Marx'sche Unterscheidung der politischen und der menschlichen Emanzipation mit der aus ihr sich ergebenden Ablehnung einer bloß politischen Befreiungsarbeit gar nichts zu tun hat mit dem Gegensatz von Sozialismus und Anarchismus. Das ist ein heute besonders bei den sozialistischen Neomalthusianern des Staates in der Karl Renner beliebt gewordenes Spiel, daß sie jede Kritik an dem solidarischen Schutze des Klassenstaates, den sie so gerne mit der werdenden sozialistischen Gesellschaft identifizieren, als einen Rückfall in Liberalismus, ja als anarchische atomi-

zierende Negation der gesellschaftlichen Realitäten bezeichnen. Allein die Marx'schen Begriffe einer menschlichen und politischen Emanzipation stellen nicht etwa dem Staate gegenüber die Auflösung der Gesellschaft, sondern dem Klassenstaate die klassenlose Gesellschaft. Sie lösen den Begriff des Staates nur los von seiner sophistischen Ideologie einer Vertretung von Allgemeininteressen, sie lösen ihn auf nicht etwa in eine Beziehungslosigkeit der Individuen, sondern im Gegenteil in die Herstellung ihrer bewußten Vergesellschaftung.

Was nun aber die Wichtigkeit des politischen Kampfes betrifft, den Marx immer betont hat, werden wir sogleich sehen, daß er dies auch schon in dem Zusammenhang der Jugendchriften tut, von denen wir hier ausgehen. Aber dieser politische Kampf, das Streben nach Erringung der Diktatur des Proletariats, war für Marx niemals ein Selbstzweck, sondern immer nur dem großen menschlichen Emanzipationszweck untergeordnet. Dagegen er doch in seiner klassischen Schrift „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ das Wort von dem „parlamentarischen Kretinismus“ geprägt, das die Borniertheit des bloß politischen Verstandes trefflich charakterisiert als „jene eigentümliche Krankheit, die die Angehörigen in eine eingebildete Welt setzt und ihnen allen Sinn, alle Erinnerung, alles Verständnis für die rauhe Außenwelt“, raubt, indem sie parlamentarische Siege und Erfolge für Entscheidungen und Umwälzungen in den Dingen selbst halten. Und noch 1879 dominierte Marx gegen den „parlamentarischen Idiotismus“ und gegen die „Verlebung der Partei und der Theorie“, wie sie durch die Konzessionen der damaligen Führer an die politische Taktik der Possalcoaner bewirkt worden sei. Marx war selbstverständlich immer für den Kampf um politische Rechte eingetreten. Schon in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ rühmte er von dem allgemeinen Stimmrecht, daß es zwar nicht eine wunderbare Wünschelrute sei, aber „das unheilvolle höhere Verbrechen, den Klassenkampf zu entfesseln. . .“ Und im Jahre 1852 schrieb er in einem Artikel an die „New York Tribune“ über die Chartisten: „Die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes in England wäre eine Errungenschaft, in der mehr sozialistischer Geist steckt als in irgendeiner Maßnahme, die auf dem Kontinent mit diesem Namen beehrt wurde.“ Auf dem Kontinente dominierte damals Proudhon, gegen den er bereits in seiner Streitschrift geschrieben hatte: „Man sage nicht, daß die gesellschaftliche Bewegung die politische auslöset. Es gibt keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig auch eine gesellschaftliche wäre. Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassen Gegensatz gibt, werden die gesellschaftlichen Revolutionen aufhören, politische Revolutionen zu sein.“ Immer aber galt ihm dieser politische Kampf als ein Mittel der sozialen Emanzipation, von der allein er allen Sinn und seine eigentliche Bedeutung erblickt. In diesem Geiste erst wurde der Sozialismus für ihn zu einer wirklich revolutionären Bewegung, die gleichbedeutend war mit dem Kommunismus, und von diesem kommunistischen Sozialismus und seiner politischen Aktion schrieb er daher, daß sie sei „die Permanenzklärung der Revolution, die Klassendifferenz des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.“

So also kommt es durchaus nur auf den Geist an, in welchem die politische Aktion unternommen wird. Ueber ihre Notwendigkeit selbst besteht auch bei dem „Junen“ Marx kein Zweifel, der schon in dem Artikel „Kritische Randglossen“ hervorgehoben hatte, daß, weil jede Emanzipationsbestrebung gegen alte Gewalten ankämpfen und diese kürzen muß, sie notwendig politisch ist. „Die Revolution überhaupt, der Umsturz der bestehenden Gewalt und die Auflösung der alten Verhältnisse ist ein politischer Akt. Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen. Er bedarf dieses politischen Aktes, soweit er der Zerstörung und der Auflösung bedarf. Wo aber keine organisierende Tätigkeit bräutet, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg.“

Die russische Presse über die Vorgänge bei der Ausweisung der russischen Botschaft.

Bekanntlich wurde als Grund der Ausweisung der russischen Botschaft angegeben, daß eine Riste des russischen Kuriers durch Zufall gefallen und geplatzt sei, worauf Aufrufe in deutscher Sprache zu Tode gekommen seien, welche zur Revolution aufzuforderten. Wie wir nachträglich erfahren hat das russische Kommissariat des Auswärtigen Kuriers erklärt, daß niemals derartige Aufrufe nach Deutschland geschickt worden seien. Ihr Zutreten auf dem Bahnhof in Berlin im Augenblick, wo die Riste des Kuriers beschädigt wurde, bleibt unerklärlich. Man muß sich fragen, ob hier nicht ein Fall von Revolution durch einen Agenten der deutschen Regierung vorliegt.

Ueber denselben Vorfall berichtet die russische Presse:

Am 4. November erschienen die russischen Kuriere, die aus Moskau in Berlin eingetroffen waren, in der russischen Botschaft und sagten, daß das ganze diplomatische Gepäck, das nach Berlin, Wien, nach Schweden und nach der Schweiz geschickt war, am Bahnhof von der Polizei ergriffen worden sei. Damals wurde die Riste, die beschädigt sein sollte und die später in den Erzählungen eine große Rolle spielte, mit keinem Wort erwähnt. Der Gesandte zeigte telegraphisch ins Ministerium des Auswärtigen und prophezeierte gegen diese Politik. Später trat er in Unterhandlungen ein. Im Ministerium antwortete

man ihm, eine der seinen des Kuriers sei in Stücke zerfallen und revolutionäre Flugblätter in deutscher Sprache seien dabei entdeckt worden. Kurz nachher seien die anderen Kisten eröffnet, würden aber nicht geöffnet werden. Joffe sandte einen Botschaften nach dem Bahnhofs, wo ein deutscher Major mit Offizieren erschien und alle Kisten zu öffnen ließ. Als der Botschaft der Botschaft das Versprechen des Ministers um erprobte, antwortete der Major, das Versprechen des Ministeriums des Anwaltigen hätte sehr wenig Wert für ihn. Die Kiste, die in Stücke zerfallen sein soll, ist beschädigt worden, ohne daß ein russischer Vertreter anwesend war. Am 5. November besuchte Joffe den Staatssekretär Solz, um zu protestieren und erinnere an die Erfahrungen, die Deutschland selbst mit Provokateuren gemacht hat. In Budapest sind 3. B. Bomben und Epidemiebazillen in die Gefallen der deutschen Mission geschmuggelt worden. Solz übermittelte Joffe eine Karte, in der die Adresse des russischen offiziellen Personals aus Moskau und Petrograd am Abend des 6. November und der übrigen offiziellen russischen und deutschen Personen im Laufe einer Woche gefordert wurde. Solz sagte hinzu, daß am 4. November ein getroffene diplomatische Gepäck würde Joffe zurückgeschickt werden mit Ausnahme der beschädigten Kiste. Um 11 Uhr abends erschien ein Vertreter der Regierung bei Joffe und erklärte, er müsse viel früher abreisen, als es in der Note verlangt wurde, und zwar um 6 Uhr morgens. Um 5 Uhr 45 Minuten erschien die Polizei in der russischen Botschaft und zwang Joffe abzureisen. Alle benachbarten Straßen wurden von der Polizei bewacht. Am 5. November fand eine Hausdurchsuchung in der russischen Telegraphen-Agentur statt. Alle russischen Angehörigen wurden verhaftet. Am 6. November früh wurden sie aus der Polizeipräfectur an die Bahn gebracht. Die Kiste der Botschaft wurde so schnell betreten, daß ein großer Teil des Gepäcks der russischen Botschaft in Berlin bleiben mußte. Die deutschen Behörden versprachen es später zurückzuführen. Das am 4. November eingetroffene diplomatische Gepäck wurde trotz des Versprechens des Ministeriums, nicht an die russische Botschaft zurückgeschickt. So hat ein unerbittlicher Rechtsbruch stattgefunden. Die deutsche offizielle Mitteilung erörtere, die Flugblätter, die zur Meuterei aufgerufen, seien in der beschädigten Kiste gefunden worden. Aus Moskau ist jetzt verarbeitetes Flugblatt abgefordert worden. Joffe konnte sich erst nach seiner Ankunft in Moskau mit der russischen Regierung in Verbindung setzen. Am 5. November abends wurde die telegraphische Verbindung zwischen Joffe und Moskau unterbrochen, nachdem er ein Telegramm über die Forderung seiner Abreise nach Moskau geschickt hatte."

Eine Proklamation

der Zieler Arbeiter und Soldaten.

Der oberste Soldatenrat in Kiel hat beschlossen: Durch die glorreiche Revolution ist das monarchisch-militaristische Gewaltsystem zusammengebrochen. Ein System, das Europa 10 000 000 Menschen und den größten Teil seines Reichthums raubte. Aber wir haben keine Ursache, nun anzunehmen, unsere Aufgabe sei erfüllt. Der Militarismus ist zerfallen, aber seine Ursache, der Kapitalismus, ist noch in vollster Kraft. Während die große Masse des Volkes verarmte, ist es einer kleinen Minderheit von Kapitalisten und Großgrundbesitzern gelungen, ungeheure Reichtümer in ihrer Hand zu vereinigen. Das dürfen wir nicht dulden. Wir wollen nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Wir bemerken, daß die Erkenntnis, worum es sich handelt, noch lange nicht klar genug erkannt wird. Wir stellen daher klar und deutlich unser Ziel auf. Wir wollen nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Demokratie. Unser Ziel ist die sozialistische Republik. Um sie zu verwirklichen, ist notwendig: die politische Macht muß zunächst, bis die Früchte der Revolution gesichert sind und ein Mißschlag ausgeschlossen erscheint, in den Händen der Arbeiter- und Soldatenrat zu bleiben. Die Banken und die Großbetriebe der Industrie sowie der Grundbesitz sind sofort als Nationalvermögen zu erklären. Im übrigen ist Vorsorge zu treffen, daß eine sichere Grundlage geschaffen wird, die den Übergang zur sozialistischen Republik gewährleistet, dann aber auch nur dann, wird die proletarische Revolution von 1918 davor bewahrt bleiben, ein ähnliches Schicksal zu erleiden, wie die bürgerliche Revolution von 1848, wo binnen Jahresfrist das deutsche Volk um seine teuer erkämpfte Freiheit betrogen wurde. Beachten wir die Lehren und Warnungen der Geschichte. Jetzt ist die Gelegenheit, wo jeder zeigen kann, ob er in Wahrheit sein Vaterland liebt oder ob ihm sein Geldsack über alles geht. Wir haben jahrelang zwecklos für den Kapitalismus unsere Haut zu Markte getragen. Wir wollen für unsere Nachkommen ein für allemal die Möglichkeit eines solchen Massenmordes aus der Welt schaffen. Wir wollen mit verdienstlichen Kräften für unsere Ideen kämpfen, wir wollen kein Chaos, keinen Bürgerkrieg, denn uns sind Menschenleben heilig, sondern die politische und wirtschaftliche Demokratie, die Ordnung der sozialistischen Republik.

Und nun, Kameraden und Genossen, frisch ans Werk!

Der oberste Soldatenrat Kiel.
gez. Popp, Koch, Ulrich, Pfaff, Hartig.
Der Arbeiterrat Kiel."

Der Beschluss ist in beiden Räten einstimmig angenommen. Der Arbeiterrat Kiel ist zusammengesetzt aus den Vorstandsmitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der U. S. P. D. sowie den Obmännern der Großbetriebe Kiels.

Aus der bürgerlichen Jugendbewegung.

Der Bund Deutscher Jugendvereine Mitte Oktober eine Kriegsjahrgang nach Eisenach einberufen, um über Jugendarbeit zu beraten, und sich auf die Arbeit in der gegenwärtigen und bevorstehenden ersten Zeit einzustellen. Die 10 Landesverbände, die seit der 1909 erfolgten Gründung bereits 340 Vereine mit über 15 000 Mitgliedern umfassen, und für engeren Zusammenhalt der Vereine, sowie für Anregung und Förderung der angeschlossenen Jugendvereinsleiter sorgen, hatten ihre Vertreter (e. K. und auch Bundesfreunde, von denen der Bund rund 1000 mit 3 Mark jährlichem Beitrag zählt, waren gekommen. In der Neuwahl wurden Oberlehrer W. Glaben-Hamburg zum Ehrenvorsitzenden, Pfarrer Donndorf-Sollstedt zum Geschäftsführer gewählt. Auf der Tagung wurden zwei Vorträge gehalten: über "Freideutsche Jugend" von Fräulein Hoffmann-Hanau und über "Mädchenvereinsarbeit" von Pfarrer Roland-Brügglingen.

Der Poener Provinzialbund des Ostdeutschen Jünglingsbundes hielt Mitte Oktober in Posen seine Vertreterversammlung unter Teilnahme von Vertretern der Regierung und von Teilnehmern des gleichzeitig tagenden Lehrganges für Jugendpfleger ab. Ein Geh. Konfidentialrat sprach über die Eigenart der evangelisch-lutherischen Jugendpflege.

Die Bünde für Jugendwandern haben sich in Kulda zum Bund deutscher Jugendwanderbünde zusammengelassen.

Der Deutsche Pfadfinderbund erfüllt einen Ruf, in dem es heißt: "Deutschlands Jugend ist Deutschlands Zukunft. Unserer Jugend wird es vorbehalten sein, die Erfolge der deutsche Waffen in diesem jurchtbarsten aller Kriege mit beispielloser Wucht errungen zu haben, zum Heile und zur Größe Deutschlands zu verwerten.

An der Erfüllung dieser Aufgabe mitzuwirken, also ernste Erziehungsarbeit zu leisten — nicht zwecklos oft schädliche Soldatenbetrieelen zu treiben! — das ist die Pfadfinderbewegung zum Ziele gesetzt. Sie will durch praktische Übungen im Gelände die untrer männlichen Jugend nicht nur die Gesundheit fördern und die Spannkraft stärken, sondern vor allem diejenigen Tätigkeiten wecken und ausbilden, welchen Hans und Schule ihre Aufmerksamkeit einnehmend zuzuwenden weder genügend Zeit noch Gelegenheit haben, die unsern Jungen aber für das Leben, für ihren späteren Beruf, insbesondere auch für Militärdienstzeit von weitestlichem Nutzen sind."

Der Ruf des Pfadfinderbundes nimmt sich in diesen Tagen wie ein Schwert aus. Das wird der Krieg erreicht haben, daß es mit der Soldatenpflicht für immer aus ist. Die heutigen Zustände haben auch der Jugend bis ins Dorf hinein die Augen geöffnet.

Worte von Sebel.

Der Grund aller sozialen und politischen Ausbeutung und Unterdrückung liegt darin, daß die Produktionsmittel, d. h. Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge und Erzeugnisse aller Art, Privateigentum sind und so die Lohnarbeit, das Verhältnis von Arbeitern und Unternehmern, welche die Besitzer der Arbeitsmittel und notwendig zur Voraussetzung haben. Also müssen, soll die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen ein Ende nehmen, alle diese Arbeitsmittel aus privatem in gemeinsames, das ist in gemeinsames Eigentum verwandelt werden. Die bestehende, im Privatinteresse erzielende Warenherzeugung muß in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Erzeugung zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse umgewandelt werden, womit der Grundlag einer für alle und alle für einen erst seine Verwirklichung erlangt.

Die Voraussetzung zum Siege der sozialistischen Bewegung ist nicht die Zahl der Häute sondern die Zahl der klaren Köpfe, der starken Willen. Dieser auf der einen Seite die gesellschaftliche Entwicklung alle Bedingungen und die notwendigen Elemente für den kommenden, Sieg des Sozialismus, so ist es auf der anderen Seite Sache aller derjenigen, die in der Bewegung stehen, durch un- ausgeübte, fähig und aufopfernde Aufklärungsarbeit die Elemente zu schulen, durch die allein der Sieg ermöglicht und beschleunigt werden kann.

Das neunzehnte Jahrhundert hat alle Vorbedingungen für diesen Kampf und den schließlich Sieg geschaffen. Aufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts ist, zu vollenden, was das 19. Jahrhundert begonnen hat. Die Entwicklung schreitet nicht mehr, sie stürmt nach vorwärts.

Das Jugendsekretariat

für die arbeitende Jugend in Groß-Berlin befindet sich in der Schilderstraße 5, Hof 2 Treppen. Es ist geöffnet am Montag, Mittwoch und Freitag abends von 7 1/2 bis 9 Uhr. Dort können alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen die Gruppe und das Versammlungsort erfahren, das ihrer Wohnung am nächsten liegt.

Aus den Organisationen.

Zweiter Wahlkreis. Der Lesabend für den ganzen zweiten Wahlkreis findet diesmal gemeinsam statt und zwar am Montag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Kauscher, Gneissaustr. 66.

J. A.: Mathilde Burm.

U. Hoffmann's Verlag

Theater-, Buch- und Musikalien-Literatur

G. m. b. H.

Berlin O. 27, Blumenstraße 22, I.

Bestellungen auf alle Erscheinungen

des Bücher- und Musikalienmarktes werden prompt und zu Original-Verlegerpreisen ausgeführt.

Es empfiehlt sich,

Bestellungen auf Festgeschenke

recht frühzeitig aufzugeben.

Schriften-, Theater- und Musikalienkataloge auf Wunsch gratis und franko.

Für Theateraufführungen, Unterhaltungs- und Bunte Abende

Auswahlforderungen

an Vereine bereitwilligst. (Vereinstempel ist der Bestellung beizubringen und die Nummer des Kataloges anzugeben.)

Der Verlag übernimmt Herausgabe

und Vertrieb aller Buch- und Theaterliteratur, die dem freien Gedanken und den Prinzipien der wahren Sozialdemokratie nicht widersprechen.

Der freundlichen Unterstützung aller Gesinnungsgenossen entgegengehend

D. D.

Gebundene Jahrgänge des Mitteilungsblattes für das Jahr 1917/18

können im Verbandsbüro, Schilderstr. 5, zum Preise von 12 Mark pro Band abgegeben werden.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen, insbesondere Herrn von Felden, sowie dem Schöneberger Frauenchor unseren besten Dank.

P. Szymanski nebst Kindern.

Nachruf!

(Unlief verspätet.)

Am 2. November verstarb nach längerem, schweren Leiden unsere Genossin

Anna Szymanski, geb. Wurzel.

Ihr Andenken werden wir in Ehren halten!

Ortsverein Schöneberg.

(U. S. P. D.)

Pankow.

Als eines der letzten Opfer des Völkermordes fiel durch Fliegerbombe unser lieber Genosse

Emil Albrecht

Gagnir. 20.

Ehre seinem Andenken!

U. S. P. Pankow.

Nachruf!

Am 11. November verstarb nach kurzem aber schweren Leiden unsere Genossin, Frau

M. Liebelt

Berlin-Vorligwalde, Ernststr. 2.

Sozialdem. Wahlverein Kreis Niederbarnim.

Der Vorstand.

H. Schöner, Berlin-Vorligwalde, Rauschstr. 8.

Nachruf.

Wahlverein Charlottenburg.

Am 10. November verstarb unser Genosse, der Schuhmacher

Wilhelm Decker.

Die Einäscherung fand am 18. November statt.

Ehre seinem Andenken!

Verantw. Redakteur: G. Leid; Verleger U. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.